

Für ein Forum Opposition und Widerstand in SBZ und DDR 1945 – 1989
Kritische Anmerkungen zum Prozess und zur Machbarkeitsstudie
5. Juni 2023

Markus Meckel/Peter Steinbach

1. Grundsätzliches

In der Gedenkstättenlandschaft zur Nachkriegszeit fehlt bisher ein Ort, der Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft in SBZ und DDR gewidmet ist. Ein solcher Gedenkort wurde schon im Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestages 1998 im Zusammenhang der dort vorgeschlagenen Gedenkstättenkonzeption für notwendig gehalten. Dass dies jetzt auf der Grundlage des Bundestagsbeschlusses von 2019 nach 25 Jahren endlich in Angriff genommen wird, ist außerordentlich zu begrüßen.

Opposition und Widerstand gegen die Diktaturen gehören in das nationale demokratische Erbe und sind Teil der Freiheitsgeschichte Deutschlands und Europas. Gerade in diesen Tagen erinnern wir an die deutsche und europäische Revolution und die Nationalversammlung in der Paulskirche 1848/1849 sowie an den Volksaufstand in der DDR im Jahr 1953. Opposition und Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus retteten gewissermaßen die Ehre der Deutschen, die in ihrer großen Mehrheit Adolf Hitler folgten. Opposition und Widerstand in der SBZ und DDR mündeten dann 1989 – und günstigeren Umständen - in den Sieg von Freiheit und Demokratie gegen die kommunistische Diktatur. Diese - letztlich siegreiche - Freiheitsgeschichte östlich des Eisernen Vorhangs schuf in ihrem Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit die Grundlage für die deutsche Vereinigung 1990 und führte zu einem neuen Aufbruch Europas 1991 und in den Folgejahren. Dieser Kampf für Freiheit und Demokratie im 19. und 20. Jahrhundert gehört in das deutsche und europäische Erbe und muss weit stärker als bisher geschehen in die deutsche und europäische Erinnerungskultur eingeschrieben werden. In diesem Kontext ist das „Forum Opposition und Widerstand“ ein wesentlicher – und bis heute fehlender - Eckstein in der deutschen Gedenklandschaft.

2. Ort

Schon die Enquete-Kommission des Bundestages benannte die Schwierigkeit, dass es für Opposition und Widerstand (anders als beim Gedenken an die Opfer) keinen sich unmittelbar ergebenden authentischen Ort gibt. Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aus dem Jahr 2008 hat ohne jegliche öffentliche Debatte den problematischen Weg

beschritten, an Opposition in der DDR ausgerechnet auf dem Gelände der Staatssicherheit in Lichtenberg erinnern zu wollen – nur weil es hier ausreichenden Leerstand gab. Als Begründung müssen seitdem immer wieder der 15. Januar 1990 mit der Besetzung der Zentrale der Staatssicherheit sowie der Hungerstreik im September 1990 herhalten, mit dem die Akteure die Zugänglichmachung der Stasiakten durchsetzen wollten – doch ist dies wenig überzeugend. Die Zentrale der Staatssicherheit mit dem Sitz von Erich Mielke in der Normannenstraße steht für die Repression in der DDR und sollte deren systematischer Darstellung gewidmet sein.

Opposition und Widerstand waren dagegen nicht nur Reaktion auf die Repression der Staatssicherheit. Der Einsatz für Demokratie und Freiheit darf nicht durch die Perspektive der Staatssicherheit verzerrt wahrgenommen werden. Dieses Engagement speiste sich aus ganz verschiedenen geistigen und sozialen Traditionen und richtete sich gegen Diktatur und Unfreiheit im Grundsätzlichen. Diese Geschichte muss selbständig erinnert und erforscht werden.

Die sehr häufige Konzentration der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR auf die Staatssicherheit war von Beginn an ein Problem. Mit dem Standort in der Normannenstraße wird allein durch die Ortswahl ein falscher perspektivischer Bezug fortgesetzt.

Die Machbarkeitsstudie erweckt den Eindruck, dass den Autoren der von uns hier infrage gestellte Ort in der Normannenstraße vorgegeben wurde. Andere Optionen werden gar nicht mehr erwogen. Das ist höchst problematisch! So widmet sich die Studie zu einem hohen Anteil Fragen der baulichen Gestaltung auf dem Gelände in der Normannenstraße (Neubau oder Nutzung eines vorhandenen Gebäudes), die heute noch nicht anstehen.

Wir halten es demgegenüber für **notwendig, nach Alternativen für den Ort zu suchen!**

Als Optionen seien z.B. genannt:

- Die **Kulturbrauerei in Berlin-Prenzlauer Berg**
- Da Opposition und Widerstand 1989/90 (gemeinsam mit anderen Faktoren) zum Sieg von Freiheit und Demokratie geführt haben, kommen auch Orte in Frage, die in Berlin zu den Symbolen von Macht und Herrschaft gehörten. Das wären z.B.:
 - + (a) das alte Berliner Schloss und heutige **Humboldt-Forum**
 - + (b) das ehemalige **Staatsratsgebäude der DDR**
- Viele oppositionelle Aktivitäten fanden **in kirchlichen Räumen** statt. So wäre zu prüfen, ob es kirchliche Räumlichkeiten gibt, die für ein solches Forum infrage kämen (möglichst im Hinterhaus, da dies dem Charakter dieser Aktivitäten besonders nahekäme). Dabei müsste jedoch der Eindruck vermieden werden, als wären die

Kirchen eo ipso Opposition und Widerstand gewesen, auch wenn sie insbesondere in den 80er Jahren eine wichtige Rolle gespielt haben! Auf der Suche nach einem solchen Ort muss man mit der evangelischen Kirche in Berlin ins Gespräch eintreten.

3. Notwendigkeit öffentlicher Trägerschaft

Wie auch andere **Institutionen der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit und der deutschen Teilung sollte das „Forum Opposition und Widerstand“ nicht nur mit öffentlichen Mitteln finanziert, sondern in öffentlicher Verantwortung und Trägerschaft** geschaffen werden. Ein strukturelles Vorbild kann hier die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ sein.

Die Machbarkeitsstudie vermittelt in dieser Frage einen gespaltenen Eindruck.

Einerseits ist dort mit Recht von einer angestrebten öffentlichen Stiftung als Träger die Rede. Andererseits wird der Eindruck einer institutionellen Kontinuität zur Havemann-Gesellschaft e.V. und letztendlich der privatrechtlichen Trägerschaft erweckt. Das wird schon durch die Darstellung der Stellenpläne als Erweiterung des Personalbestandes dieser Gesellschaft deutlich. Eine solche institutionelle Kontinuität aber würde viele Fragen und Probleme aufwerfen.

Schon dass die vorliegende Machbarkeitsstudie nicht von BKM, sondern von der Havemann-Gesellschaft e.V. in Auftrag gegeben wurde, ist ein schwerwiegender Strukturfehler. Positiv hervorzuheben ist die Bereitschaft der Havemann-Gesellschaft, die eigenen materiellen und personellen Ressourcen in das Forum einzubringen. Gleichzeitig muss jedoch vermieden werden, dass das Forum schlicht als Fortsetzung und Erweiterung der Arbeit der Havemann-Gesellschaft angesehen und konzipiert wird. Diese Gesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten eine wichtige Arbeit geleistet, doch gilt das auch für andere privatrechtliche Organisationen in Ostdeutschland, wie etwa die im „Arbeitskreis der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen“ verbundenen Archive, die „Runde Ecke“ in Leipzig oder das „Thüringer Archiv für Zeitgeschichte“. Jede dieser Institutionen hat große Verdienste, jedoch auch eine begrenzte Perspektive. Auch diese anderen Organisationen sind gefragt, sich künftig in diese neue Institution mit ihren Beständen und Kompetenzen einzubringen, ohne jedoch dazu genötigt zu werden (!).

Angesichts des Älterwerdens der Erlebnisgeneration der ehemaligen DDR-Oppositionellen steht manche dieser Organisationen vor wichtigen Entscheidungen über ihre Zukunft, denn oft wurden sie von Protagonisten dieser Opposition gegründet. Hier kann ein Prozess des Nachdenkens beginnen, für den die Art und Offenheit der Gestaltung des „Forums Opposition und Widerstand“ eine wichtige Rolle spielen wird.

4. Inhaltliche Schwerpunkte und Perspektiven. Opposition im gesamten Zeitraum SBZ und DDR und in der gesamten DDR

Thema dieses Gedenk- und Lernortes sollten Protest, Opposition und Widerstand im gesamten Zeitraum von SBZ und DDR auf ihrem gesamten Gebiet sein. Eine regionale oder zeitliche Schwerpunktsetzung ist abzulehnen. Dagegen ist die europäische Kontextualisierung von wichtiger Bedeutung.

Wichtige **Stichworte** sind u.a.:

- Studentischer Protest 40er/50er Jahre
- Widerstand gegen Zwangsvereinigung KPD/SPD und gegen Integration der anderen demokratischen Parteien in die „Nationale Front“ (Blockparteien)
- Kirchliche Unabhängigkeit – Kirchenkampf 1952/53 – Widerstand gegen Jugendweihe etc.
- DDR-weiter Volksaufstand 1953
- Ländlicher Widerstand gegen Kollektivierung
- Wehrdienstverweigerung und Friedensfrage
- Opposition, Widerstand, Protest gegen den Mauerbau – Opposition und Flucht / Ausreise – Durch Teilung: weitgehendes Fehlen eines Exils
- Kritische Auseinandersetzungen innerhalb der SED – Harich, Havemann, Biermann, informelle Gesprächszirkel der 70er Jahre
- Samisdat der 70er und 80er Jahre
- Kritische Schriftsteller und Künstler
- Protest gegen Biermann-Ausbürgerung 1976/77 – Schriftsteller und Künstler, Exodus von Schriftstellern und Künstler mit DDR-Pass
- DDR-weite kritische Kulturszene der 70er und 80er Jahre
- Selbstorganisation der Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung der 70/80er Jahre, Menschenrechtsbewegung und Jugendopposition
- Netzwerke der Opposition: Frieden konkret, Umwelt-Netzwerke, INKOTA u.a.
- Der konziliare Prozess seit 1983 - Ökumenische Versammlung in der DDR 1988-89

Durchgehend zu behandelnde Perspektiven über die Jahrzehnte sind:

- + Flucht- und Ausreisebewegung vor und nach dem Mauerbau
- + Kontakte über die innerdeutsche Grenze hinweg, westliche Medien
- + Die besondere Situation der Opposition durch die deutsche Teilung (Freikauf von Häftlingen, Westkontakte der Kirchen, der Intellektuellen, Friedensbewegung)

- + Bedeutende Rolle der Kirche für Opposition und Widerstand in den 80er Jahren (u.a. konziliarer Prozess)
- + Bildung von DDR-weiten Netzwerken
- + Die Bedeutung der östlichen Nachbarn, Ermutigung, Solidarisierung, Protest – Aufstände 1956 – Prager Frühling und Einmarsch 1968 – Charta 77 – Solidarnosc 1980 ff – Gorbatschow Glasnost und Perestroika
- + Friedliche Revolution in der DDR – Teil einer mitteleuropäischen Revolution

5. Archiv

Es ist von zentraler Bedeutung, dass ein solches Zentrum ergänzend zu den privaten Organisationen ebenfalls ein Archiv hat. Eine wichtige und **dringende Aufgabe** ist jedoch, zeitnah eine **digitale Vernetzung und zentrale Zugriffsfähigkeit für alle Aktenbestände zu Opposition und Widerstand** in Auftrag zu geben, schon bevor die neue Institution Realität ist. In der vorhandenen Institutionenlandschaft wäre es wohl am ehesten die Bundesstiftung Aufarbeitung, die einen solchen umfassenden Auftrag mit entsprechenden zusätzlichen Mitteln bewältigen könnte.

6. Forschung/ politische Bildung

Angesichts der Defizite der universitären Forschung zu diesen Themen ist es von zentraler Bedeutung, dass dieses Forum über eigene Kapazitäten in diesem Feld verfügt. Anzustreben wäre eine universitäre Anbindung, etwa durch eine Forschungsprofessur. Gleichzeitig sollten neben der zu erstellenden Dauerausstellung regelmäßig Wechsellausstellungen gezeigt werden. Dabei ist gerade in diesem Feld die Kooperation mit anderen europäischen Forschungseinrichtungen zu gewährleisten. Wie an allen vergleichbaren Häusern gehören öffentliche Veranstaltungen zum notwendigen Aufgabenspektrum.

7. Entscheidungsabläufe – weiterer Prozess

Ein auf Bundesebene zu schaffendes „Forum (oder Zentrum) Opposition und Widerstand 1945-1990“ muss eine auf Bundesebene getragene öffentliche Institution (Stiftung) sein, begleitet und beraten von Wissenschaftlern und – solange sie noch da sind – ehemaligen Akteuren dieser Opposition in ihrer ganzen Breite.

Für die weitere Entscheidungsfindung zur institutionellen Gestaltung und Konzeption ist ein inklusiver und transparenter Weg zu wählen, der die Erfahrungen und Perspektiven der verschiedenen Institutionen und Personen einbezieht, die vor 1989 in der Opposition aktiv waren bzw. sich wissenschaftlich damit beschäftigt haben oder in der Aufarbeitung tätig sind.

Es ist die Aufgabe von BKM und des Deutschen Bundestages (Kulturausschusses), diesen Prozess in Gang zu setzen und zu moderieren.

Diese Aufgabe an eine der privaten Organisationen der Aufarbeitungslandschaft zu übertragen, wie es bisher geschehen ist, führt zu Verwerfungen und Belastungen für die Akzeptanz in der breiten Aufarbeitungslandschaft Ostdeutschlands.

Nächste Schritte sollten **öffentliche Anhörungen und Veranstaltungen** sein, in welche all die oben genannten Personengruppen und Institutionen einbezogen sind.



Markus Meckel

kontakt@markusmeckel.eu



Prof. Dr. Peter Steinbach

polhist1@gmx.de